

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 6 | 2. März 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

eine Sache, über die man normalerweise auf keinen Fall schreibt, ist das Wetter. Ich dachte aber bisher auch immer, in der Eifel sei es besonders kalt. In dieser Woche hat Berlin allerdings bewiesen, dass es noch kälter geht. Der morgendliche Weg mit dem Fahrrad zum Bundestag war für mich noch nie eine solche Herausforderung, wie in dieser Woche bei minus 13 Grad. Ich kann jetzt nachempfinden, wie sich unsere Olympioniken bei den sehr kalten Winterspielen in Korea gefühlt haben ;-). Daher hoffe ich sehr, dass sich das frostige Klima in Deutschland in den nächsten Tagen auflöst - nicht nur beim Wetter, sondern auch in der Politik. In der Hand haben das Petrus und die SPD-Mitglieder. Der Umschwung soll sich in beiden Fällen den Voraussagen nach am Sonntag ereignen.

Ihnen allen ein schönes Wochenende

Ihre

M. Heil

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423



Web: www.mechthild-heil.de

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil

Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil



„Stiftung Datenschutz“

Ich habe mich mit Frederick Richter, dem Vorstand der „Stiftung Datenschutz“, getroffen. Im aktuellen Entwurf des Koalitionsvertrages haben wir uns dafür ausgesprochen, dass wir die Arbeit der Stiftung Datenschutz fördern wollen. Die Stiftung ist unabhängig und hat sich zur Aufgabe gemacht, die Privatsphäre zu schützen. Sie bietet eine Plattform für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Forschung und klärt über alle relevanten Themen auf wie z.B. e-Privacy, Datenportabilität, Digitale Ethik, digitale Einwilligungserklärungen etc.



In unserem digitalen Miteinander bezahlen wir mit dem Preis unserer privaten Daten. Oft sind wir uns darüber aber gar nicht so bewusst. Wie personenbezogene Daten effektiv geschützt werden und wie wir uns dennoch im Netz sicher fühlen können ist unter anderem eine zentrale Frage die auf ihrer Online-Plattform behandelt wird. Eine aktuelle Broschüre der Stiftung hat mich besonders beeindruckt: Die EU hat das Recht auf Datenportabilität beschlossen. In der Praxis beobachtet die Stiftung oft Konflikte zwischen Wirtschaft und Aufsichtsbehörden. Welche Rechte das Gesetz für den einzelnen Verbraucher garantiert und welche Rechte (kleine, mittelständische, aber auch große) Unternehmen hierbei haben kann man hier nachlesen:

https://stiftungdatenschutz.org/fileadmin/user_upload/SDS_Das_Recht_auf_Datenportabilitaet_Unternehmen.pdf

Entscheidung am Sonntag

Das politische Deutschland schaut an diesem Wochenende gespannt auf die SPD-Parteizentrale. Am Sonntag wollen die Sozialdemokraten ihren Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag fertig ausgezählt haben und das Ergebnis verkünden. Es könnte knapp werden. Auch etwas anderes zeigt, wie zerrissen die Partei ist: nach neuesten Berichten möchte die SPD erst am 12. März – also mehr als eine Woche nach dem Ende des Mitgliederentscheids – die Namen ihrer Bundesminister bekannt geben. Deutschland braucht aber endlich eine voll handlungsfähige Regierung. Ich hoffe sehr, dass die Sozialdemokraten nach dem Ende des Mitgliederentscheids ihre Verantwortung für unser Land wiederentdecken und ihre aus Selbstzweifeln gespeiste Verzögerungstaktik überwinden. Sollte der Mitgliederentscheid negativ ausgehen, dürfte die Partei dagegen auf absehbare Zeit keine größere Rolle mehr in der Bundespolitik spielen. Ob das dann die Erneuerung der Sozialdemokratie beflügeln würde darf bezweifelt werden. Für Deutschland und Europa wäre es jedenfalls schwierig, wenn sich nach der FDP auch die SPD der Verantwortung entziehen würde.

Die CDU hat sich dagegen darauf vorbereitet, in den kommenden Jahren beides leisten zu können: eine gute Regierung für unser Land zu stellen und parallel dazu die Erneuerung der Partei voranzutreiben. Das hervorragende Ergebnis von Annegret Kramp-Karrenbauer (<https://www.youtube.com/watch?v=BR7cDDktuPw>) beim Bundesparteitag gibt ihr den nötigen Rückenwind, die CDU und das Konrad-Adenauer-Haus auf die vor uns liegenden Herausforderungen vorzubereiten. Auch für die Re-

gierungsarbeit haben wir gezeigt, dass in der Partei sehr viel Potenzial für die Zukunft steckt. Wir haben das Versprechen gehalten und 50% unserer Spitzenpositionen in der Regierung mit Frauen besetzt. Gleichzeitig rücken mit Helge Braun, Anja Karliczek, Julia Klöckner und Jens Spahn gleich vier Politiker in die Ministerriege auf, die frischen Wind in die Bundesregierung bringen werden. Natürlich stellt sich die CDU damit auch für die Zeit nach Angela Merkel auf. Die neuen Minister werden neben die jungen Ministerpräsidenten (Daniel Günther, Tobias Hans, Michael Kretschmer) treten, um auch in der nächsten Generation erfolgreiche christlich-demokratische Politik für Deutschland machen zu können.

Einen kurzen Ausblick möchte ich noch auf den weiteren Ablauf der Regierungsbildung geben. Sollten die SPD-Mitglieder dem Koalitionsvertrag zustimmen, wird Angela Merkel voraussichtlich am 14. oder 15. März zur Bundeskanzlerin gewählt werden. In der gleichen Woche wird dann die neue Regierung vereidigt werden. Sollte das Mitgliedervotum scheitern und die SPD daher die Zustimmung bei der Kanzlerwahl verweigern, wird der Bundestag in einem mehrstufigen Verfahren versuchen, eine Bundeskanzlerin oder einen Bundeskanzler zu wählen. Beim abschließenden Wahlgang, der dann wahrscheinlich nach Ostern stattfinden würde, reicht die relative Mehrheit zur Kanzlerwahl. Da die Union die deutlich stärkste Fraktion stellt, ist damit zu rechnen, dass Angela Merkel diesen Wahlgang mit relativer Mehrheit gewinnen würde. Der Bundespräsident kann in diesem Fall entscheiden, ob er sie zur Bundeskanzlerin einer Minderheitsregierung ernennt oder ob er durch die Auflösung des Bundestages den Weg für Neuwahlen frei macht.

Deborah Schmitt: Praktikum im Deutschen Bundestag

Mein Name ist Deborah Schmitt, ich komme aus Münstermaifeld, bin 20 Jahre alt und habe im März 2017 mein Abitur gemacht. Mit der Schulzeit fertig zu sein, bedeutet natürlich, sich Gedanken um den weiteren Bildungsweg zu machen. Für mich kommt ein Studium im Bereich der Politik in Frage, weshalb ich mich um ein Praktikum im Bundestag bemühte. Da ich finde, dass in der Schule noch Bedarf besteht, die politische Bildung voran zu treiben, war es mir wichtig, diese Erfahrungen zu sammeln, bevor ich mich für das Studium der Politikwissenschaft entscheide. Die ersten zwei Wochen waren durch die Karnevalstage, aber vor allem auch durch die andauernden Koalitionsverhandlungen ruhig. Trotzdem gab es auch in dieser Zeit E-Mails und Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die ein Anliegen hatten. Dabei ging es zum Beispiel um Umweltschutz, um den Koalitionsvertrag oder Fahrgastrechte. Des Weiteren hatte ich durch die ruhigen Tage die Chance, einige Ministerien zu besuchen und Führungen mitzumachen. Auch der Bundesrat und der Deutsche Dom boten mir diese Möglichkeit. Was mir auffiel, ist, dass die Spannungen durch die AfD vor allem im Plenarsaal, aber auch bei Sitzungen deutlich zu spüren sind. Eine Diskussion über das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche fand ich sehr spannend und gesellschaftsrelevant. Durch meine Zeit hier im Bundestag habe ich also beide Seiten - die ruhige und die turbulente - mitbekommen, wofür ich sehr dankbar bin.



Union setzt klares Signal für Regierung

Nachdem die CSU bereits am 8. Februar zugestimmt hat, hat gestern auch der CDU-Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag beschlossen. Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Wir danken unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Dienst in den vergangenen vier Jahren als Generalsekretär und wünschen Annegret Kramp-Karrenbauer für ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg.

Mit der Zustimmung von CDU und CSU zum Koalitionsvertrag haben wir unsere Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können.

Wir stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können. Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der

Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

Internationaler Weltfrauentag am 8. März 2018.

Der internationale Weltfrauentag am 8. März ist uns Auftrag und Ansporn zugleich. Er mahnt uns, bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland über das Erreichte hinaus noch weiter voranzukommen.

Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt. Dem öffentlichen Dienst etwa kommt bei der Gleichstellung eine Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt.

Terroranschlag lückenlos aufklären

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklä-

ren, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Ziel des ersten Untersuchungsausschusses dieser Wahlperiode ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Hierfür müssen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen anpassen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen.

Auch die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Die Befugnisse der Ermittler müssen damit einhergehen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.